

## Aufruf

### Wir wollen eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist.

**Wir, die unterzeichnenden Organisationen und Personen, rufen die Parteien auf, sich in ihren Wahlprogrammen für eine Gesellschaft einzusetzen, der jedes Kind gleich viel wert ist.**



Wir fordern eine eigenständige und einheitliche Geldleistung für jedes Kind und jeden Jugendlichen.

Es ist ungerecht, wenn Bezieherinnen und Bezieher höherer Einkommen für ihre Kinder mit ihrem Kindersteuerfreibetrag eine höhere Unterstützung erhalten, als Bezieherinnen und Bezieher normaler und niedriger Einkommen. Auf Grundsicherungsleistungen wie Hartz IV Angewiesene erhalten faktisch gar kein Kindergeld, denn es wird mit den Regelleistungen verrechnet. Auch der bürokratische Kindergeldzuschlag erreicht sehr viele Familien mit Kindern nicht.

Wir fordern: Eine eigenständige und einheitliche Geldleistung für alle Kinder und Jugendlichen muss mindestens den grundlegenden finanziellen Bedarf für die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe der Kinder und Jugendlichen absichern. Sie soll alle bisherigen kindbezogenen Geldleistungen bzw. steuerlichen Vergünstigungen bündeln.

Mit einer einheitlichen und eigenständigen Geldleistung würden

- erstens die bisherigen unterschiedlich hohen Förderungen im Kindergeld- und Kinderfreibetragssystem überwinden,

- zweitens viele Kinder und Jugendliche aus dem diskriminierenden und stigmatisierenden Bezug der Grundsicherungsleistungen herausgeholt werden.
- drittens das bürokratische Nebeneinander der bestehenden Systeme beseitigt.

Wir meinen: Es gibt kein besseres Mittel, Armut und Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen wirksam zu bekämpfen.

Eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist, ermöglicht auch jedem Kind und jedem Jugendlichen den ungehinderten Zugang zu qualitativ hochwertigen Angeboten an Kultur, Bildung und sozialen Dienstleistungen. Der Ausbau dieser Angebote ist dringend notwendig. Außerdem müssen Ansprüche auf Sonderbedarfe der Kinder und Jugendlichen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Wir wollen eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist. Deshalb brauchen wir eine Politik, die Rahmenbedingungen dafür gestaltet.

## Inhalt dieser Ausgabe

Aufruf für eine eigenständige und einheitliche Geldleistung für alle Kinder und Jugendlichen.....	1
Neue Broschüre FamilienLeben.....	2
Integrationsgesetz: Kinderanliegen werden vernachlässigt.....	2

Allensbachstudie „Aufgabenverteilung Familie und Beruf“.....	3
Nachrichten.....	4

Das Organisationsteam: Die Zahlen zur Kinderarmut sind seit Jahren bekannt und dennoch leben Kinder nach wie vor in Armut. Aktuell führen verschiedene gesetzliche Regelungen in der Steuer-, Familien- und Sozialpolitik zu unterschiedlichen Höhen des kindlichen Existenzminimums. Dazu werden Kinder je nach Einkommenssituation ihrer Eltern höchst ungleich gefördert. Dies kann sozialpolitisch nicht weiter hingenommen werden.

Der Aufruf wird gezeichnet von einem breiten Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Landesarmutskonferenzen, Organisationen und Dachverbänden der sozialen Arbeit, Initiativen und Verbänden aus der Selbstorganisation von Erwerbslosen und dem kirchlichen Bereich, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Bundesverband Deutsche Tafel, attac, Deutscher Kinderschutzbund, Deutsches Kinderhilfswerk, Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Zukunftsforum Familie sowie zahlreichen Wissenschaftler/innen und weiteren Einzelpersonen. Die eaf bayern hat den Aufruf ebenfalls unterzeichnet.

Weitere Informationen zum Thema Kinderarmut sowie eine digitale Pressemappe finden Sie unter <http://www.diakonie.de/aufruf-fuer-eine-gesellschaft-ohne-kinderarmut-17095.html>

**Informationen. Positionen. Herausforderungen. Anregungen.**

## FamilienLeben

**Seit Jahren weisen zahlreiche Studien darauf hin: Familien befinden sich im Wandel und erleben sich vielfältig unter Druck. Das Leben in Familien, das Leben von Familien und die damit verbundenen Fragen bewegen sich zwischen der Verantwortung für Kinder und/oder für pflegebedürftige Angehörige. Es ist in vielerlei Hinsicht erforderlich, Fragen nach Zeit und Geld für Familien, sowie nach dem Ausbau der Infrastruktur (neu) zu beantworten.**

Mit der Broschüre „FamilienLeben“ möchten wir seitens der eaf bayern gemeinsam mit der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern unsere Antworten zum heutigen Familienleben beitragen. Und wir möchten auch unseren Beitrag dazu leisten, auf die Lebenssituationen und den damit verbundenen Herausforderungen von Familien zu fokussieren. Denn Familienleben kann dann am besten gelingen, wenn wir wissen, was Familien brauchen und sie entsprechende Unterstützung erhalten.

Es ist gelungen, zahlreiche Expertinnen und Experten als Autorinnen und Autoren zu gewinnen. Nur so konnte diese einmalige Expertise zu Familien heute entstehen. Sie informiert und beschreibt die besonderen Herausforderungen, Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Unterstützung ebenso, wie sie Forderungen an Politik, Gesellschaft, Kirche und Diakonie formuliert. Denn - und das möchten wir als Herausgeberin in besonderer Weise deutlich machen - alle Akteure und Akteurinnen in diesem Feld sind gefragt und gefordert, die Lebens- und Rahmenbedingungen von Familien



zu verbessern, damit FamilienLeben besser gelingen kann. Tragen auch wir unseren Teil dazu bei.

Herzlich danken möchte ich an dieser Stelle allen Autorinnen und Autoren, sowie Unterstützern bzw. Unterstützerinnen, die einen langen Atem bewiesen und zum Gelingen der Broschüre beigetragen haben.

*Birgit Löwe*  
1. Vorsitzende der eaf bayern  
Kontakt: [info@eaf-bayern.de](mailto:info@eaf-bayern.de)

**Integrationsgesetz vernachlässigt Anliegen von Flüchtlingskindern**

## Ohne Perspektive?

**Das Deutsche Kinderhilfswerk (dkhw) mahnte anlässlich der Vorstellung der Eckpunkte für ein Integrationsgesetz am 14.4.16 ein besonderes Augenmerk auf die Situation der Flüchtlingskinder an. Ein entsprechender Schwerpunkt fehlt in den Beschlüssen des Koalitionsausschusses. Integrationsmaßnahmen dürfen die Perspektiven von Familien und vor allem Kindern nicht vernachlässigen.**

„Flüchtlingskinder brauchen eine Zukunftsperspektive in Deutschland. Ihre Integration ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Um hier ankommenden Kindern gleiche Bildungs- und Teilhabechancen zu ermöglichen braucht es ein umfassendes Integrationskonzept, das die einschlägigen Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention, der Europäischen Grundrechtecharta und des Kinder- und Jugendhilfegesetzes berücksichtigt. Diese normieren eindeutig die Vorrangstel-

lung des Kindeswohls bei allen Entscheidungen von Staat und Gesellschaft sowie das Recht der Kinder auf Förderung, Schutz und Beteiligung. Wir sollten die jetzt zu uns kommenden Flüchtlingskinder als dauerhafte Einwanderer und ihren Zuzug als Gewinn für unsere Gesellschaft begreifen“, betont Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die Bundesregierung auf, bis zur Vorlage des Gesetzes im Bundeskabinett Aspekte für die Integration von Flüchtlingskindern im Gesetzentwurf zu berücksichtigen. Dazu gehört zuvorderst Bildungsintegration als Schlüsselfaktor für die gleichberechtigte Teilhabe von Flüchtlingskindern. Schulbildung ist nicht nur ein elementares Kinderrecht, auch stellt Bildung den wichtigsten Baustein für Entwicklungsgerechtigkeit von Kindern mit unterschiedlichen Startbedingungen dar. Die Durchsetzung des Schulbesuches von Anfang an ist zentral. Bund und Länder sollten bei diesem Thema eng kooperieren, um zu einheitlichen Regelungen in den Bundesländern zu kommen. Sowohl Schulen als auch außerschulische Bildungsformate müssen zudem qualifizierte und ausreichend finanzierte Angebote an Flüchtlingskinder machen. Dafür braucht es genügend Mittel für Sprachförderung für Kinder sowie Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer, etwa in Deutsch als Fremdsprache. Daneben müssen kultursensible Teilhabemöglichkeiten für die ganze Familie geschaffen werden. Familie muss als entscheidender Faktor für eine gelingende Integration begriffen werden. Entsprechend sollten gezielte Integrationsangebote für Familien gefördert bzw. ausgebaut werden. Darüber hinaus bedeutet Integration auf Augenhöhe immer auch die Menschen zu beteiligen. Dies gilt für Erwachsene wie Kinder gleichermaßen. Dies beginnt bei der Mitbestimmung über den Wohnort und geht bis hin zu einer nachhaltig ausgerichteten Demokratiebildung in Schule und Kita., um Kindern und Jugendlichen das Wissen um unsere demokratische Gesellschaft zu vermitteln und Möglichkeiten für demokratisches Engagement erlebbar zu machen.

*Quelle: Pressemitteilung des Deutschen  
Kinderhilfswerks vom 14.4.16  
Weitere Informationen unter [www.dkhw.de](http://www.dkhw.de)*

## Allensbach-Studie zu „Weichenstellungen für die Aufgabenverteilung in Familie und Beruf“

### Wunsch und Wirklichkeit

**Im Sommer 2015 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Ergebnisse einer Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach zu einem nach wie vor aktuellen Thema vorgelegt. Befragt wurden Paare, die mit ihren gemeinsamen Kindern unter sechs Jahren zusammenleben. Über 3.000 Interviews wurden mit den Angehörigen der Zielgruppe geführt. Der Fokus lag dabei bei der Aufteilung von familiären und beruflichen Aufgaben zwischen Müttern und Vätern. Fragen waren:**

**Wie entwickeln sich die Erwerbskonstellationen, wer übernimmt welche Teile von Betreuungsaufgaben, welche Motive, Einflussfaktoren, Leitbilder, Idealvorstellungen und Wünsche für die Aufgabenteilung gibt es und woran scheitern letztere am häufigsten.**

Sobald Kinder da sind, liegen, bei der Aufgabenteilung in der Familie Wunsch und Wirklichkeit, immer weit auseinander – so der zentrale Befund der Studie. Am deutlichsten wird dies sichtbar an der Diskrepanz zwischen der am häufigsten gewünschten Konstellation der Erwerbstätigkeit: 28% wünschen sich, dass beide in Teilzeit arbeiten, jedoch nur vier Prozent realisieren dieses Modell. Das am häufigsten praktizierte Modell (Vater Vollzeit, Mutter Teilzeit bis 24h) dagegen wird von 25% der Befragten gelebt, jedoch nur von 20% gewünscht. Vor der Geburt von Kindern arbeiteten 71% der befragten Paare in Vollzeit/Vollzeit-Konstellation – nach der ersten Elternzeit sind es nur noch 15%, die dieses Modell leben.

Über 50% der befragten Väter fänden eine hälftige Aufteilung der Kinderbetreuung in der Familie ideal. Allerdings übernehmen nach Angaben der Mütter nur 13% der Väter diese Aufgaben wirklich zur Hälfte – den größeren Teil der Betreuungsaufgaben übernehmen die Mütter. Entsprechend wünschen sich 30% der Mütter bei der Kinderbetreuung mehr Unterstützung durch den Partner. Letztlich kommt es – entgegen vorheriger Pläne und einer positiven Berufsorientierung von Frauen – in über der Hälfte der Familien zu einer „partiellen Spezialisierung“ der Elternteile: Dieses Leitbild, bei dem sich der Vater v.a. um die Berufsarbeit, die Mutter um Betreuung und Erziehung kümmert, wird flankiert von Idealvorstellungen wie: „Ein Kind sollte in den ersten Jahren von der Mutter betreut werden“. Die Zustimmung zu dieser Aussage liegt bei 52% der befragten Mütter und Väter.

Dass Wünsche nach einer weniger ungleichen Verteilung in der Realität scheitern, liegt zum Teil in der unterschiedlichen Einkommenssituation von Männern und Frauen begründet. Männer haben in der Regel das höhere Einkommen und befürchten häufiger berufliche Nachteile. So bestärken sich ökonomische Überlegungen mit Betreuungswünschen der Mütter oft gegenseitig. Aber auch an betrieblichen Arbeitszeitmodellen und passgenauen Betreuungsangeboten fehlt es nach Angaben der Eltern. Sie erwarten von der Familienpolitik entsprechend „die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern“ (79%), „Familien stärker steuerlich zu entlasten“ (70%), „die Voraussetzungen für den Wiedereinstieg nach der Familienphase zu verbessern“ (60%) oder das Angebot an Kinderkrippen auszubauen (52%).

*Hanna Kaltenhäuser  
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt  
Kontakt: [kaltenhaeuser@kda-bayern.de](mailto:kaltenhaeuser@kda-bayern.de)*

## Nachrichten

### Evangelische Schulstiftung Bayern

## Ausgezeichnet!

**Am 11. Mai wurde die Evangelische Schulstiftung Bayern mit dem Präventionspreis 2016 von Amyra e.V., Institut zur Prävention von sexuellem Missbrauch, ausgezeichnet. Besonders gewürdigt wird damit das umfassende Krisenkonzept, das im Rahmen einer wirksamen Prävention von sexueller Gewalt an Jungen und Mädchen entwickelt wurde. Die Evangelische Schulstiftung Bayern engagiert sich seit langem für die Umsetzung von geeigneten Schutzkonzepten für die über 150 evangelischen Schulen und Internate in Bayern.**

Wir sagen herzlichen Glückwunsch und freuen uns, dass nun – nach dem Wichern-Zentrum der Diakonie Hasenberg! im Jahr 2010 - ein zweites Mal jemand aus der Mitgliedschaft der eaf bayern prämiert wurde.

### Fachsymposium der Diakonie Bayern

## Die Sozialexperten von morgen

**Auf einem hochkarätig besetzten Symposium diskutiert die Diakonie Bayern Lösungen des Fachkräftemangels im Sozialmarkt. Unter dem Titel „Die Sozialexperten von morgen“ diskutieren hochkarätige Referenten und Referentinnen die Frage, wie Mitarbeitende für soziale Berufe gewonnen und gebunden werden können.**

Nach dem Eröffnungsvortrag von Prof. Dr. Jutta Rump von der Hochschule Ludwigshafen über den „Arbeitsmarkt der Zukunft“ geht es unter anderem um die Frage, was die Sozialwirtschaft – am Beispiel „Bosch“ – von der sogenannten „Freien Wirtschaft“ lernen, und wie die Diakonie als Arbeitsgebermarke erfolgreich in den sozialen Netzen positioniert werden kann.

An die Veranstaltung, die am 27. Juni 2016 ab 13.00 Uhr in Fürth stattfindet, schließt sich der Jahresempfang der Diakonie Bayern an.

Als Festredner konnte Prof. Dr. Markus Schmitz von der Bundesagentur für Arbeit gewonnen werden.

Weitere Informationen rund um die Veranstaltung finden sich im Internet unter [www.diakonie-bayern.de/symposium](http://www.diakonie-bayern.de/symposium) – eine Online-Anmeldung ist hier ebenfalls möglich. Der Preis für die Teilnahme inkl. Büffett und Getränke beträgt 89,- Euro.

### Armut darf sich nicht verfestigen!

## Einmal arm, immer arm?

**Unter diesem Thema findet am 27. Juli 2016 von 10.30 bis 15.45 Uhr die 8. Bayerische Armutskonferenz der Freien Wohlfahrtspflege Bayern statt. In fünf Workshops wird das Thema der Konferenz aus unterschiedlichen Perspektiven fokussiert:**

- A Jedes Kind ist gleich viel wert – Familien stärken
- B Rechte statt Reste – Für einen existenzsichernden Sozialstaat
- C Gehandicapt - und abgehängt?!
- D Alt, arm, ausgegrenzt?!
- E Zugewanderte brauchen Chancen!

Die Konferenz befasst sich mit folgenden Fragestellungen und Anliegen: Was muss sich an den sozialpolitischen Rahmenbedingungen verändern, damit Armutslagen erst gar nicht entstehen bzw. sich verfestigen? Wie können benachteiligte Personengruppen effektiv gefördert werden? Darüber hinaus geht es auch um die Rolle, die Politik, Wirtschaft, die Wohlfahrtsverbände und die Gesellschaft in diesem Zusammenhang spielen.

Weitere Informationen und die Online-Anmeldung finden Sie unter [www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de/armutskonferenz](http://www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de/armutskonferenz). Alternativ können Sie sich per Fax unter der Nummer 089-30611-111 anmelden.

## Impressum:

**Herausgeber:** Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern)  
 1. Vorsitzende: Birgit Löwe, 2. Vorsitzender: Ludwig Selzam, 3. Vorsitzende: Elke Hüttenrauch  
 Geschäftsführerin und Redaktion: Renate Zeilinger  
 Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299  
 Internet: [www.eaf-bayern.de](http://www.eaf-bayern.de), [info@eaf-bayern.de](mailto:info@eaf-bayern.de)  
 Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.

Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg

FPI 2 April/Mai/Juni 2016, 27. Jahrgang